



Fraktion Offenbach für alle (Ofa)

Offenbach, den 03.06.2022

Dr. Annette Schaper-Herget  
Fraktionsvorsitzende

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Färber  
im Hause

**Anfrage der Fraktion Offenbach für alle (Ofa) nach § 50 HGO  
Zeitabläufe, Kosten und Beratungsfirmen beim ÖPNV-Änderungsplan**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

gemäß § 50 HGO richten die Stadtverordnete Dr. Annette Schaper-Herget und die Fraktion Offenbach für alle (Ofa) die nachstehende Anfrage an den Magistrat mit der Bitte um Beantwortung innerhalb der geschäftsordnungsgemäßen Frist.

Vorbemerkung:

Bei der Stadtverordnetensitzung am 19. Mai 2022 wurde der Magistratsantrag zur Einhaltung des Finanzierungsdeckels im ÖPNV beschlossen ([https://pio.offenbach.de/index.php?aktiv=doc&doctype=1&dsnummer=2021-26/DS-I\(A\)0255&year=2022](https://pio.offenbach.de/index.php?aktiv=doc&doctype=1&dsnummer=2021-26/DS-I(A)0255&year=2022)). Beschlossen wurden außerdem Änderungen des vorgelegten Konzepts, die den Stadtverordneten per E-Mail zugesandt wurden, aber nicht im PIO dokumentiert sind. Zugesandt wurde den Stadtverordneten auch einige Fahrgastzahlen.

Hierzu haben wir folgende Fragen:

1. Wenn schon seit Juni 2021 bekannt ist, dass man so deutlich sparen muss, warum wurden dann zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021 noch einmal große Änderungen durchgeführt, obwohl man schon weiß, dass man diese so nicht halten können wird?
2. Warum hat man während der Bürgerbeteiligung zum Verkehrsentwicklungsplan nicht darüber aufgeklärt oder wenigstens darauf hingewiesen, dass deutliche Einsparmaßnahmen durchgeführt werden müssen?
3. Warum wurde den Stadtverordneten nur eine sehr kurze und unvollständige Präsentation als Entscheidungsgrundlage gegeben und viele weitere Informationen trotz Nachfrage lange Zeit, zum Teil bis wenige Stunden vor der Sitzung vorenthalten?



Fraktion Offenbach für alle (Ofa)

4. Wo wird dokumentiert und kann nachgelesen werden, was genau beschlossen wurde? Der Beschluss umfasst ja Änderungen, die den Stadtverordneten erst kurz vor der Sitzung zugemailt worden waren.
5. Sind diese Änderungen bindend? Handelt es sich dabei um einen Änderungsantrag, der mitbeschlossen wurde? Welchen rechtlichen Status haben diese zugemailten Dokumente?
6. Welche Rolle hat die Firma Planmobil bei den Fahrplanänderungen gespielt und welche Kosten sind durch die entsprechenden Verträge entstanden?
7. Welche zusätzlichen Kosten entstehen durch den vorzeitigen Austausch der Fahrpläne und dafür notwendig kurzfristige Kundeninformation?
8. Ist ein finanzieller Beitrag der Stadt zum zusätzlichen Halt der Linie 551 zu leisten? Wenn ja, in welcher Höhe?

gez.

Dr. Annette Schaper-Herget  
Fraktionsvorsitzende